

Medien-Information der FDP-NRW

Freitag, 15. Januar 2010

Pinkwart-Interview für „Die Welt“

Düsseldorf. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der FDP-NRW, Andreas Pinkwart, gab der Tageszeitung „Die Welt“ (heutige Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte Dorothea Siems:

Herr Minister Pinkwart, die Bundeskanzlerin hat im Steuerstreit ein Machtwort gesprochen. Sind Sie zufrieden?

Pinkwart: Es ist gut, dass Bundeskanzlerin Merkel ihre Richtlinienkompetenz genutzt hat und die Position bekräftigt, die sie schon in ihrer Regierungserklärung bezogen hat. Es bleibt bei der Strukturreform, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Richtigerweise hat die Kanzlerin die FDP vor dem absurden Vorwurf der Klientelpolitik in Schutz genommen. Denn die von uns geforderte Entlastung von Familien, mittleren Einkommensschichten und Mittelstand ist keine Klientelpolitik, sondern eine Politik für die breite Mitte der Gesellschaft.

Allerdings will auch die Kanzlerin zunächst die Mai-Steuerschätzung abwarten.

Pinkwart: Das wäre falsch. Wir müssen uns schnell an die Arbeit machen. Die Steuerstrukturreform ist unabhängig von der nächsten Steuerschätzung notwendiger denn je, damit wir die Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen. Die Gesamtreform, inklusive Stufentarif, muss dieses Jahr beschlossen werden und spätestens 2012 in Kraft treten.

Die extreme Staatsverschuldung ängstigt die Bevölkerung. Muss nicht auch gespart werden?

Pinkwart: Natürlich muss auch gespart werden. Doch absurderweise wird die dramatische Verschuldungssituation jetzt gerade von denjenigen als Argument gegen Steuersenkungen benutzt, die zuvor auf Pump zusätzliche Milliardenausgaben wie etwa die Abwrackprämie beschlossen hatten. Die Haushaltslage ist doch deshalb so dramatisch, weil die Ausgaben in den vergangenen Jahren immer weiter gewachsen sind. Hier ist ein Umdenken nötig: Wir müssen die Prioritäten anders setzen, wie dies im Koalitionsvertrag auch vorgesehen ist. Derzeit machen Bildung, Forschung und Technologie nur fünf Prozent des Bundesetats aus – dieser Anteil muss deutlich steigen, denn das dient der Zukunftssicherung. Dafür müssen wir Bereiche, die Strukturen konservieren und rückwärts gewandt sind, zurückfahren.

Wo wollen Sie sparen?

Pinkwart: Wir müssen sämtliche Subventionen kritisch überprüfen. Außerdem gilt es, Bürokratie auf allen Ebenen abzubauen. In Nordrhein-Westfalen haben wir etliche Behörden aufgelöst und dafür mehr Lehrer eingestellt und trotzdem noch den Haushalt konsolidiert. Auch auf Bundesebene ist so etwas möglich. So gibt es allein 12000 Kindergeldkassen, die man zusammenführen könnte.

Müssen nicht auch Leistungen gekürzt werden?

Pinkwart: Wir wollen nicht die hiesigen Sozialstandards abbauen. Diejenigen, die Hilfe brauchen, sollen die notwendige Hilfe bekommen. Uns geht es um mehr Effizienz und mehr Leistungsgerechtigkeit. Das gilt sowohl für die Steuerpolitik als auch für die Sozialausgaben. Wir wollen eine Reform aus einem Guss nach dem Prinzip: Arbeit muss sich wieder lohnen. Für die Hartz-IV-Empfänger wollen wir deshalb die Hinzuverdienstgrenzen erhöhen. Heute lohnt es sich für viele Betroffene nicht eine Arbeit anzunehmen, weil der Verdienst zum größten Teil auf Hartz IV angerechnet wird. Im Steuerrecht wollen wir mehr Netto für diejenigen, die den Karren ziehen. Gerade im mittleren Einkommensbereich bleibt heute wegen der extremen Steuer- und Abgabenbelastung zu wenig vom Lohn übrig. Wir dürfen nicht zulassen, dass alles zu Lasten derjenigen geht, die schon heute die Hauptlast tragen. Schon heute weichen immer mehr Menschen der Belastung aus: Sie gehen in die Schattenwirtschaft oder gleich ins Ausland.

Ist die Rolle des Staates neu zu definieren?

Pinkwart: Der Staat mischt sich heute mit seiner vorauseilenden Fürsorge in zu viele Bereiche ein, die der Bürger oder die private Wirtschaft ohne Bevormundung selber regeln könnten. Wenn hierzulande ein Hund durch die Hecke des Nachbarn furzt, kommt sofort der Ruf nach einem neuen Bundesemissionsschutzgesetz. Wir müssen sämtliche Aufgaben des Staates durchforsten. Es geht darum, das Land zu erneuern. Denn die Probleme, die wir haben, sind nicht nur der Finanzkrise geschuldet, sondern liegen auch in Versäumnissen der großen Koalition.

Mit Blick auf den drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit will eine ganz große Koalition Hartz IV entschärfen. Halten Sie dagegen?

Pinkwart: Es wäre falsch, die Zumutbarkeitsregeln aufzuweichen oder Langzeitarbeitslosen Weihnachtsgeld zu geben, wie manche das fordern. Bei aller Kritik an den Reformen der Agenda 2010 muss man doch sehen, dass sich in der aktuellen Wirtschaftskrise der Arbeitsmarkt weitaus weniger anfällig erwiesen hat als in früheren Krisen. Die FDP will Hartz IV aber dort korrigieren, wo das System nicht leistungsgerecht ist. Generell muss gelten: Wer arbeitet muss in jedem Fall mehr haben als derjenige, der arbeiten könnte, es aber nicht tut.